

Tierschützer schlagen Alarm

Vielen Haustieren geht es mies

Meldungen über Tierquälereien haben in letzter Zeit deutlich zugenommen. Vor allem bei Haustieren, wie besorgte Tierschutzorganisationen feststellen.

VON ROLAND DUCOMMUN

Die jüngste Auflistung der gemeldeten Tierschutzfälle des Schweizer Tierschutzes (STS) liest sich wie das Drehbuch für einen Horrorfilm: «Im Laufenthal werden sieben tote Welpen in einer Schachtel auf einem Feld gefunden.» «In Meltingen wurde ein Pony geschändet.» Oder: «Hundebesitzer im Kanton Zug geht 14 Tage in die Ferien und lässt fünf Hunde unbeaufsichtigt.» Neun Seiten umfasst die Liste der Meldungen, die der STS über die ersten drei Monate dieses Jahres zusammengestellt hat. «Tierquälereien haben zugenommen», sagt denn auch Hans-Ulrich Huber, Geschäftsführer des STS.

Weniger Fälle in Landwirtschaft

In die Schlagzeilen geraten waren Anfang Jahr gleich mehrere Bauern, die ihre Tiere unter miserablen Bedingungen hielten. Für den STS sind solche

«Haustiere werden häufig unüberlegt angeschafft.»

HANS-ULRICH HUBER,
GESCHÄFTSFÜHRER TIERSCHUTZ

Fälle zwar «absolut inakzeptabel», aber nicht das eigentliche Problem. «Tierquälereien haben in der Landwirtschaft seit den Neunzigerjahren deutlich abgenommen», sagt Huber und führt diese «mehrheitlich positive Entwicklung» auf die Verknüpfung von Direktzahlungen mit Kontrollen auf den Bauernhöfen zurück.

Beunruhigt ist der STS dagegen über die «deutliche Zunahme der Tierquälereien bei Haustieren». Huber sieht diese Zunahme im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen: «Haustiere werden mittlerweile wie andere Konsumgüter und daher häufig unüberlegt angeschafft», beklagt er, die Information über die «anspruchsvolle Tierhaltung» bleibe auf der Strecke. Zugleich gingen die Justizbehörden nicht in allen Kantonen gleich konsequent gegen Verstösse gegen das Tierschutzgesetz vor.

Grosse kantonale Unterschiede

Die Kritik an die Adresse der kantonalen Behörden ist auch bei der Organisation Tier im Recht (TIR) zu hören. Die Stiftung, welche sich um rechtliche Aspekte des Tierschutzes kümmert, führt eine Statistik über die gemeldeten Verstösse gegen das Tierschutzgesetz



Diese Bernhardiner-Welpen erfahren im Gegensatz zu vielen vernachlässigten Hunden liebevolle Pflege.

KEYSTONE

EXPRESS

- ▶ Nicht alle Kantone melden Verstösse gegen den Tierschutz konsequent.
- ▶ Die Hemmschwelle, Hunde zu quälen, sei gesunken, sagen Tierschützer.

(Tierstraffälle-Datenbank). Obwohl die kantonalen Vollzugsbehörden verpflichtet sind, abgeschlossene Verfahren wegen Tierschutzverletzungen, die bei der Polizei angezeigt werden, beim Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) zu melden, würde diese Pflicht von den Kantonen «sehr unterschiedlich wahrgenommen», meint Gieri Bolliger, Geschäftsleiter des TIR.

In der Datenbank des TIR fällt tatsächlich auf, dass einige Kantone relativ viele Fälle melden, in anderen Kantonen sind dagegen kaum Meldungen vermerkt (siehe Kasten). «Mit der Grösse des Kantons allein sind die Unterschiede nicht zu erklären», sagt Bolliger. So meldeten das Tessin und die Kantone Uri, Wallis, Genf und Appenzell Innerhoden 2006 gar keine Fälle. «Es ist unglaublich, dass in diesen Kantonen keine Tierquälereien vorkommen.» Vielmehr mutmasst Bolliger, dass diese Kantone ihrer Meldepflicht nicht nachkamen.

«Hundefeindliche Stimmung»

Von 1982 bis Ende 2006 hatte TIR über 5100 Fälle von Tierschutzverletzungen registriert, allein 2006 waren gegen 600 Fälle hinzugekommen. Die Zahlen für 2007 sind noch nicht verfügbar, dennoch vermutet Bolliger: «Im letzten Jahr dürfte sich die Zahl noch einmal erhöht haben.» Grund für seine Befürchtung: «Die Diskussion um Kampfhunde hat eine hundefeindliche Stimmung geschaffen, und so ist die Hemmschwelle, Hunde zu quälen, gesunken.»

Das BVET kann die Zunahme der Tierquälerei weder bestätigen noch dementieren, mahnt aber zur «Vorsicht mit diesen Zahlen». Marcel Falk, Pressesprecher im BVET, meint, dass vorab der Hundehaltung durch die Kampfhundediskussion mehr Aufmerksamkeit zugekommen sei. Ebenfalls zu mehr Meldungen beigetragen habe wohl die 2006 eingeführte Meldepflicht über Bissvorfälle und aggressives Verhalten von Hunden.

Dem Vorwurf, dass nicht alle Kantone in gleichem Masse ihrer Meldepflicht nachkämen, widerspricht Falk dagegen nicht. «Es ist richtig, dass nicht alle Kantone Verstösse gegen das Tierschutzgesetz in gleichem Mass melden.» Mit dem neuen Tierschutzgesetz und der Tierschutzverordnung, die beide noch in diesem Jahr in Kraft treten sollen, werde sich die Situation aber verbessern.

2006 gab es 592 Straffälle

Sowohl das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) wie die Stiftung Tier im Recht (TIR) führen Statistiken über die gemeldeten Verfahren bei Verstösse gegen das Tierschutzgesetz. Da die Kantone zum Teil ihrer Meldepflicht erst verspätet nachkommen, sind die Zahlen des BVET aktueller, die Datenbank des TIR hingegen detaillierter. Laut BVET wurden 2006 insgesamt 592 Straffälle gemeldet, 105 oder rund 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Am meisten Fälle gab es laut Statistik des TIR (insgesamt 572 Fälle) aus Zürich (150), gefolgt von St. Gal-

len (144), Aargau (67) und Bern (54). Aus dem Kanton Luzern meldet der TIR 14, aus Zug 2, aus Schwyz 7, aus Ob- und Nidwalden je 3 und aus Uri 0 Fälle. Bezogen auf die Wohnbevölkerung wurden im Kanton St. Gallen am meisten Fälle gemeldet (3,14 pro 10 000 Einwohner), es folgen die Kantone Schaffhausen (1,49), Zürich und Aargau (je 1,19). BVET und TIR betonen, dass es in diesen Kantonen nicht unbedingt am wenigsten Tierquälereien gab, vielmehr seien diese Kantone wohl ihrer Meldepflicht nicht immer nachgekommen.

duc